OSBA

Open-Source-Strategie für Sachsen

[11.07.2023] Das Land Sachsen hat seine Open-Source-Strategie veröffentlicht. Die OSB Alliance hatte frühzeitig Gelegenheit zu einer Stellungnahme und kommentiert nun auch die finale Strategie. Das Fazit: in einigen Punkten zu wenig konkret, aber dennoch vorbildhaft für andere Länder.

Die sächsische Staatsverwaltung hat Ende Juni 2023 ihre Open-Source-Strategie veröffentlicht. Darin legt sie konkrete Kennzahlen und Zielgrößen fest, um den Einsatz von Open Source Software in der öffentlichen Verwaltung zu auszuweiten. Dadurch sollen Abhängigkeiten von proprietären Anbietern reduziert werden. In der Entstehungsphase der Strategie hatte die Open Source Business Alliance (OSBA) Gelegenheit, eine Stellungnahme zu einem frühen Entwurf abzugeben. Nun äußert sich der Verband erneut zur Sächsischen Open-Source-Strategie und bezieht sich dabei auf eine Zusammenfassung der Schwerpunkte der Strategie, die der sächsische Abgeordnete Daniel Gerber auf seiner Website veröffentlicht hat. Gerber ist selbst OSBA-Mitglied.
Demnach werden mit der Strategie unerwünschte Abhängigkeiten ermittelt und reduziert. Anhand von überprüfbaren Kriterien soll ein verbindlicher Umsetzungspfad erarbeitet werden. Dazu gehört auch, Verantwortliche in Entscheidungsprozessen für die Vorteile von Open-Source-Lösungen zu sensibilisieren und durch transparente Kommunikation und Schulungen die Akzeptanz der Verwaltungsmitarbeitenden gegenüber Open Source Software zu fördern. Innerhalb der Verwaltung, aber auch mit Stakeholdern außerhalb der Verwaltung sollen Vernetzung und Austausch angeregt werden. Zeitgleich sollen Prüfung und Anpassung von gesetzlichen Rahmenbedingungen festgeschrieben werden, um den vermehrten Einsatz von Open Source Software in Sachsen zu ermöglichen und zu verbessern.

Vorbildcharakter mit kleinen Einschränkungen

Die Open Source Business Alliance begrüßt die veröffentlichte sächsische Open-Source-Strategie ausdrücklich, kritisiert aber, dass die Strategie an einigen Stellen etwas zu unverbindlich bleibe. So soll zwar ermittelt werden, wie groß der Anteil der bereits in der Verwaltung eingesetzten Open Source Software ist, aber es wird keine Zielmarke für den erwünschten Anteil von Open Source benannt. Einige Ziele und Kennzahlen bleiben außerdem recht abstrakt. Zwar wird der Umstieg auf Open-Source-Lösungen als Zielsetzung genannt. Ansatzpunkte, wie diese Umstellung erfolgen soll, bleiben aber ungenannt – damit fehlt dem Umsetzungspfad von Anfang an Schlagkraft.
Die Strategie lässt auch die Benennung konkreter Projekte vermissen, die den Menschen in der Verwaltung Lust auf Open Source machen und vermitteln könnten, wie Open Source den Verwaltungsalltag verbessert. Eine solche Funktion könnten Pilotprojekte erfüllen. Deren Umsetzung erlaubt es Verwaltungsmitarbeitenden, Erfahrungen zu sammeln und liefert auch Beispiele für Schulungen. Mittels konkret benannter Pilotprojekte könnte die Verwaltung herausfinden, was gut funktioniert und wo es noch Bedarfe gibt. Dennoch sieht die OSB Alliance Sachsen mit der jetzt beschlossenen Open-Source-Strategie auf dem richtigen Weg. Die sächsische Open-Source-Strategie könnte so auch ein Vorbild oder eine Inspiration für andere Bundesländer sein, die sich derzeit ebenfalls mit dem Einsatz und den Vorzügen von Open Source in der Verwaltung befassen. So ist beispielsweise in Berlin eine eigene Open-Source-Strategie in Arbeit.

(sib)

Zur Open-Source-Strategie der Sächsischen Staatsverwaltung
Beschlussempfehlung zur Open-Source-Strategie für Berlin

Stichwörter: Politik, Open Source, OSBA, Sachsen